

## **Vortrag an den Ministerrat**

### **EU; Tagung des Rates Allgemeine Angelegenheiten am 22. Juni 2021 in Luxemburg**

Am 22. Juni 2021 fand in Luxemburg eine Tagung des Rates Allgemeine Angelegenheiten statt. Behandelt wurden die EU-Erweiterung sowie der Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess, die Vorbereitung der Tagung des Europäischen Rates am 24./25. Juni 2021, die Konferenz zur Zukunft Europas, die Rechtsstaatlichkeit in Polen, die Werte der Union in Ungarn sowie unter „Sonstiges“ die Beziehungen EU-Schweiz und das zehnjährige Jubiläum der EU Donauraumstrategie sowie, auf österreichischen Wunsch, die Strategische Autonomie der EU.

### **EU-Erweiterung sowie Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess**

Der portugiesische Ratsvorsitz fasste die erzielten Fortschritte zusammen. So konnte Einigung zur Verordnung zur Schaffung eines Instruments für Heranführungshilfe (IPA III) für den Zeitraum 2021-2027 erzielt werden. Begrüßenswert sei auch die Abhaltung von Erweiterungskonferenzen mit Serbien und Montenegro im Anschluss an den Rat Allgemeine Angelegenheiten am 22. Juni. Ich danke dem portugiesischen Vorsitz für seine Bemühungen, die Erweiterungsagenda voranzubringen. Außerdem sprach ich mich erneut dafür aus, so bald wie möglich die ersten Erweiterungskonferenzen mit Albanien und Nordmazedonien abzuhalten. Dies ist für die Glaubwürdigkeit der EU-Erweiterungspolitik sowie das Vertrauen der Westbalkanstaaten in die EU von entscheidender Bedeutung. Ich betonte die Bedeutung, die dahingehenden Bemühungen unter dem künftigen slowenischen Ratsvorsitz weiterzuführen. Schließlich informierte ich über das Ministersegment am Rande des von Bundeskanzler Sebastian Kurz in Wien am 18. Juni 2021 abgehaltenen Westbalkan-Gipfels.

## **Konferenz zur Zukunft Europas**

Der portugiesische Ratsvorsitz informierte zum aktuellen Stand. Ich hob Österreichs Engagement im Zusammenhang mit der Konferenz hervor und betonte, dass es nun an der Zeit sei, zur Tat zu schreiten und die Ideen der Bürgerinnen und Bürger aufzunehmen. Ich informierte über die nationale Umsetzung der Konferenz in Österreich, in deren Rahmen Zukunftsdialoge bereits im Juni 2020 begonnen haben. Zudem sprach ich mich erneut für die aktive und formelle Einbeziehung der Westbalkanstaaten aus.

## **Vorbereitung der Tagung des Europäischen Rates am 24./25. Juni 2021**

Der portugiesische Ratsvorsitz erläuterte die Themenbereiche des Europäischen Rates am 24./25. Juni.

In Zusammenhang mit den aus der COVID-19 Pandemie zu ziehenden Lehren, betonte ich die Wichtigkeit der Beachtung der Kompetenzverteilung zwischen der Europäischen Union und den Mitgliedsstaaten. Ich begrüßte die zeitgerechte Einführung des digitalen COVID-Zertifikats der EU und betonte die Bedeutung gemeinsamer Regeln zur Verwendung des Zertifikats innerhalb der EU. Ebenso regte ich eine möglichst umfassende Einbindung von Drittstaaten in das digitale COVID-Zertifikat an (mittels Spiegel-VO).

Zudem unterstrich ich die hohe Bedeutung der wirtschaftlichen Erholung von der COVID-19 Pandemie für die europäische Wettbewerbsfähigkeit, insbesondere jene der Industrie. Die Regeln zu den staatlichen Beihilfen sollten einer Prüfung unterzogen werden.

Zum Thema Migration erläuterte ich kurz die Lage in Österreich, wo trotz COVID-19 Pandemie eine steigende Anzahl an Asylanträgen zu verzeichnen ist.

Zur Türkei unterstrich ich, dass es keine nachhaltigen positiven Entwicklungen in den Beziehungen mit der EU bzw. in Bezug auf die Menschenrechtssituation in der Türkei gebe. Daher fehle die Grundlage für den Verfolg einer Positivagenda sowie für die Modernisierung der Zollunion zwischen der EU und der Türkei. Ich betonte, dass der angekündigte Austritt der Türkei aus der „Istanbul Konvention“ zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt einen enormen Rückschritt darstelle. In Zusammenhang mit der Fortsetzung der Unterstützung für in der Türkei aufhältige syrische Flüchtlinge hielt ich fest, dass diese vollständig aus dem Budget der EU finanziert und dabei innerhalb der festgelegten Obergrenzen des Mehrjährigen Finanzrahmens für 2021-2027 bleiben müsse.

## **Rechtsstaatlichkeit in Polen / Begründeter Vorschlag nach Artikel 7 Absatz 1 EUV**

Die insgesamt vierte Anhörung Polens folgte den bisher angewandten allgemeinen Modalitäten. Angesprochen wurden insbesondere der Anwendungsvorrang des EU-Rechts gegenüber nationalem Recht, das Disziplinarregime und die Ernennung von Richterinnen und Richtern, die Unabhängigkeit der Justiz sowie die Auswirkungen der Justizreform in Polen auf die Rechte von Frauen und LGBTIQ-Angehörigen. Die Europäische Kommission kündigte zudem die Veröffentlichung ihres Rechtsstaatlichkeitsberichts 2021 im Juli 2021 an. Ich habe mich mit Fragen eingebracht.

## **Werte der Union in Ungarn / Begründeter Vorschlag nach Artikel 7 Absatz 1 EUV**

Die insgesamt dritte Anhörung Ungarns folgte den bisher angewandten allgemeinen Modalitäten. Angesprochen wurden insbesondere das ungarische Gesetz vom 15. Juni 2021 zu LGBTIQ-Inhalten, die akademische Freiheit, der Medienpluralismus und die Pressefreiheit, Machtkonzentrationen sowie die Parteienfinanzierung in Ungarn. Zum ungarischen Gesetz vom 15. Juni 2021 verwies ich auf die Entschließung des österreichischen Nationalrats, die von beiden Regierungsparteien angenommen wurde und ich habe mich mit Fragen eingebracht.

## **Sonstiges: Strategische Autonomie der EU**

Ich begrüßte die laufenden Arbeiten und das aktive Engagement der Europäischen Kommission. Als besonders wichtige Themen betonte ich die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrie, die Resilienz der Wirtschaft, die Stärkung der Produktionskapazitäten für kritische Güter und Ressourcen, die Schaffung von Stresstests für essentielle Versorgungsketten sowie die technologische Souveränität als wichtiges Leitprinzip. Der Vizepräsident der Europäischen Kommission, Maroš Šefčovič, begrüßte die Ausführungen und sagte die Fortführung der Diskussionen zu diesem Thema zu. Auch weitere Staaten haben sich dazu gemeldet und die Fortsetzung begrüßt.

## **Sonstiges: Beziehungen EU – Schweiz**

Der Vizepräsident der Europäischen Kommission, Maroš Šefčovič, informierte über den Abbruch der Verhandlungen zum Institutionellen Rahmenabkommen durch die Schweiz

nach sieben Verhandlungsjahren. Die Konsequenzen müssten nun eingehend analysiert werden. Ich sprach mich für weiterhin enge Beziehungen zwischen der EU und der Schweiz sowie die Fortsetzung des Dialogs mit der Schweiz aus.

### **Sonstiges: EU Donaoraumstrategie**

Rumänien verwies auf das zehnjährige Jubiläum der EU-Donaoraumstrategie, welche 2009 durch Österreich und Rumänien initiiert wurde. Ich unterstützte die Strategie als wichtige Plattform für die Kooperation der Mitgliedsstaaten der EU mit Partnern des westlichen Balkans und der östlichen Nachbarschaft.

Sämtliche Ergebnisse der Ratstagung sind auf der Webseite des Rates ([www.consilium.europa.eu](http://www.consilium.europa.eu)) abrufbar.

Ich stelle daher den

#### **Antrag,**

die Bundesregierung wolle diesen Bericht zur Kenntnis nehmen.

23. Juli 2021

Mag. Karoline Edtstadler  
Bundesministerin